

Die neue Legislatur des kantonalen Jugendparlamentes hat begonnen

Am Samstag trafen sich 60 Walliser Jugendliche zur Eröffnung des Jugendparlamentes in Sitten.

Sie beschäftigten sich mit Gesundheit, Mobilität und Bildung. Ein Besuch vor Ort.

Fabian Franzen

«Wie kann man demokratische Institutionen entdecken und für sich gewinnen?» Diese Frage stellte am Samstag Philippe Varone, Stadtpräsident von Sitten, im Grossratssaal. Er sprach im Rahmen der Eröffnung des Walliser Jugendparlamentes für die Legislatur 2026 bis 2028. Varones Antwort war klar – mitunter durch das Jugendparlament.

Im Rahmen des kantonalen Jugendgesetzes sieht das Jugendparlament vor, die Belange von Jugendlichen gegenüber den politischen und administrativen Behörden zu vertreten. Seit 2024 ist es offiziell Bestandteil des «Räderwerkes der politischen Institutionen», wie es Christian Nanchen, Chef der Dienststelle für Jugend, in einem weiteren Grusswort sagte.

Schüler konnten Mitschüler wählen

Das Jugendparlament setzt sich aus 60 Jugendlichen aus dem ganzen Kanton zusammen. Sie sind zwischen 14 und 20 Jahre alt. Jeder Vertreter wird von dessen Mitschülern gewählt. Im Oberwallis entsenden das Kollegium Spiritus Sanctus Brig, die Oberwalliser Mittelschule und die Berufsschule Oberwallis jeweils ihre Delegierten.

An der ersten Sitzung der neuen Legislatur fanden sich die Jugendlichen erstmals im Grossratssaal zusammen. Ziel dieser ersten Sitzung war es, die ThemenSchwerpunkte, welche später in Arbeitsgruppen vertieft wurden, anzusetzen. Weiter wurde das «Büro» gewählt.

Beim «Büro» handelt es sich um das Präsidium des Jugendparlamentes. Es setzt sich aus je zwei Vertretern aus dem Unter- und Mittelwallis und einem Vertreter aus dem Oberwallis zusammen. Es sitzt jeweils ein



Wie bei den «Grossen» – das Jugendparlament tagte im Grossratssaal.

Bild: pomona.media

Präsident vor, welcher von zwei Vizepräsidenten, einem Sekretär und einem Finanzchef unterstützt wird. Zusätzlich unterstützt Cédric Bonnabault, Jugenddelegierter des Kantons Wallis, die Jugendlichen bei ihrer Arbeit. Er betont jedoch, dass das Jugendparlament – vom Büro bis hin zu den jungen Parlamentariern – autonom arbeitet.

Auch Oberwalliser nehmen teil

Die 15 Oberwalliser der nun gestarteten Legislaturperiode wurden am Samstag von Julia-Maria Imsand aus Steg begleitet. Sie war in der vergangenen Legisla-

tur selber Mitglied im «Büro». Es sei für sie speziell, das Jugendparlament erstmals als «Aussenstehende» zu besuchen. Sie sagt: «Die Oberwalliser haben genau dieselben Fragen, wie wir sie damals hatten. Zum Beispiel, ob sie überhaupt bei einer Wortmeldung Deutsch sprechen dürfen.»

Die Oberwalliser bilden während der Erarbeitungsphase der Themenschwerpunkte eine eigene Gruppe. Sie möchten Rassismus, Sexismus und Mobbing behandeln. Dies waren bereits in der letzten Legislatur besprochene Themen, sagt Imsand. Zunächst werde in der Gruppe darüber diskutiert, was genau

das Problem darstelle. In einem nächsten Schritt werden bereits erste Lösungsvorschläge erarbeitet und im Plenum vorgestellt.

Für Julia-Maria Imsand ist das Jugendparlament eine wichtige Sache. Sie sagt: «Seitdem es verstaatlicht wurde, steht es in einem regen Austausch mit dem Grossen Rat.» Das Büro leitet die erarbeiteten Themen an den Grossen Rat und an den Staatsrat weiter.

Trotz des frischen Windes, den die Jugendlichen in den Grossratssaal bringen – auch hier drehen die Räder der politischen Mühle langsam. Imsand sagt: «In zwei Jahren können wir nicht die Welt verändern. Aber man

macht und sieht kleine Schritte.» So wurde bereits eine Grossratskommission eingerichtet, die im Bereich Mobilität arbeitet. Dies war ein Begehr von des Jugendparlamentes.

Politisch interessierte Jugendliche

Zwei der Oberwalliser Vertreter sind Nico Anderegg und Nico Mimochodek. Sie sind beide 16 Jahre alt und besuchen die Berufsschule in Brig. Nico Anderegg macht eine kaufmännische Lehre und Nico Mimochodek ist Koch. Das Interesse an Politik ist bei beiden gross.

Nico Mimochodek sagt: «Ich war schon immer interessiert. Vor allem, dass jeder seine Meinung haben kann.» Aufmerksam wurde er auf das Jugendparlament durch den allgemeinbildenden Unterricht. Dort wurde den Berufsschülern das Parlament vorgestellt. Insgesamt stellten sich drei Schüler der Berufsschule in Brig zur Wahl. Die Kandidaten mussten «Wahlwerbung» machen. Schliesslich wählten die Berufsschüler Mimochodek als einen der beiden Vertreter der Berufsschule in Brig.

Für Mimochodek ist in der Zukunftsgestaltung der Politik vor allem die Ausbildung wichtig. Er sagt: «Mir ist wichtig, dass Jugendliche früh schon den richtigen Beruf wählen können.»

Nico Anderegg ist ebenfalls politisch interessiert. Sein Grossvater politisiert in einer Partei. Ihm gefällt es, dass man seine Meinung vertreten kann und auch zu dieser steht. Zudem ist es ihm wichtig, dass in gemeinsamer Arbeit ein Ziel erreicht werden kann.

Anderegg möchte auch in Zukunft weiterhin politisch aktiv sein. Ob er sich eines Tages vorstellen könnte, selbst Grossrat zu sein, kann er jedoch nicht sagen. Doch bereits im Jugend-

parlament hat er die Möglichkeit, seine Meinung einzubringen.

Für ihn ist vor allem die Theematik rund um Rassismus ein grosses Anliegen. Er sagt: «Wir sind alle Menschen. Wir schauen alle in denselben Himmel.» Er findet es schade, dass man Menschen mit einer anderen Herkunft ausschliesst.

Themen, welche die Jugend bewegen

Ausbildung und Rassismus. Dies sind nur zwei der vielen Themen, welche die Jugendlichen an diesem Samstag beschäftigen. Während der Vorstellung der einzelnen Schwerpunktthemen der verschiedenen Gruppen wird ersichtlich, was sich die Jugend wünscht. So wünschen sie sich unter anderem bessere Mobilitätsangebote für Jugendliche. Im schulischen Bereich fordern sie einen später angesetzten Unterrichtsbeginn sowie die Förderung junger Musiker und Sportler. Eine der Gruppen fordert eine Ausweitung des Schulmediatorenanbots.

Körperliche und mentale Gesundheit, Mobilität, Schule – dies sind die Themen, die die Jugend beschäftigen. Auch die Katastrophe von Crans-Montana wird mehrfach angesprochen. Eine der Gruppen fordert, dass sich Schulen verpflichten, jährliche Sicherheitsübungen durchzuführen, damit die Schüler wissen, wie in einem Notfall korrekt zu handeln ist.

Die Eröffnungssitzung des Jugendparlamentes endete schliesslich mit einer kleinen Überraschung. Während die Unterwalliser Vertreter für das Büro bereits gewählt wurden, schien keiner der Oberwalliser Interesse an einem Amt zu zeigen. Nico Mimochodek meldete sich schliesslich freiwillig für das Amt im Büro – und wurde so als einziger der Jungparlamentarier einstimmig gewählt.

Ermittlungen, politische Reaktionen und breite Solidarität

Nach der Brandkatastrophe von Crans-Montana kommen weitere Einzelheiten ans Licht.

Nach der Brandkatastrophe im Lokal Le Constellation in Crans-Montana wurde in der Sonntagspresse Weiteres zu den Umständen rund um den Barbetrieb berichtet. Wie die «NZZ am Sonntag» schreibt, war Betreiber Jacques Moretti bereits 2016 in der Schweiz wegen Schwarzarbeit verurteilt worden. Zudem sei er zuvor auch in Frankreich wegen Vergehen strafrechtlich belangt worden. Die Zeitung beruft sich dabei auf Ermittlungen unterlagen, in die sie nach eigenen Angaben Einsicht nehmen konnte. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Moretti nach Walliser Recht überhaupt eine Konzession für den Barbetrieb hätte erhalten dürfen. Vor-

bestrafte Personen sind unter bestimmten Voraussetzungen vom Erhalt einer solchen Bewilligung ausgeschlossen.

Weitere Fragen wirft ein feuerpolizeiliches Kontrollprotokoll aus dem Jahr 2019 auf, das ebenfalls von der «NZZ am Sonntag» eingesehen wurde. Zwar wurden darin Mängel festgestellt – etwa die Holzverkleidung im Treppenaufgang sowie eine fehlende Kennzeichnung eines Feuerlöschers. Zum leicht entflammbareren Schaumstoff an der Decke, der nach dem Brand stark in den Fokus gerückt ist, findet sich im Protokoll jedoch kein Hinweis.

Die Tragödie hat auch eine sicherheitspolitische Debatte ausgelöst. Wie die «Sonntags-

zeitung» berichtet, haben mehrere Kantone – darunter Wallis, Waadt, Genf, Jura, Tessin und Neuenburg – pyrotechnische Effekte in öffentlich zugänglichen Innenräumen bereits verboten. Deutschsprachige Kantone zeigen sich zurückhaltender. Der Kanton Bern verweist darauf, zunächst die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen abwarten zu wollen. Graubünden betont, gezielte Sensibilisierung und Schulung der Verantwortlichen in Restaurantsbetrieben seien wirkamer als pauschale Verbote.

Auf Bundesebene prüft inzwischen auch die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates ein schweizweites Verbot von pyro-

technischen Gegenständen in Innenräumen. Im Rahmen der Beratungen zur Feuerwerksinitiative und deren indirektem Gegenvorschlag wird ein entsprechender Schritt zumindest in Erwägung gezogen. Entscheide sind allerdings noch keine gefallen, wie Keystone-SDA meldet.

Tiefe Betroffenheit äusserte alt Bundesrat Adolf Ogi. Gegegenüber «Blick» erklärte er, nun stehe die Unterstützung der Betroffenen im Vordergrund. Neben moralischem Beistand fordert Ogi rasche und unbürokratische finanzielle Hilfe. Er schlägt die Schaffung eines Fonds vor, der gemeinsam vom Bund, dem Kanton Wallis und der Gemeinde Crans-Montana getragen wird

– nach dem Vorbild der Unterstützungsmaßnahmen nach dem Attentat von Luxor. Geld könne das Leid nicht lindern, so Ogi, helfe aber, existenzielle Sorgen zu mindern.

Zugleich mahnt der Alt-bundesrat zur Zurückhaltung bei vorschnellen Schulzuweisungen. Das öffentliche Anden-Pranger-Stellen des Kantons Wallis bezeichnet er als unangebracht. Entscheidend sei eine umfassende, unparteiische und lückenlose juristische Aufarbeitung. Dabei werde oft übersehen, wie professionell die Rettungskette unmittelbar nach dem Brand funktioniert habe. Mit derselben Professionalität müsse nun auch die rechtliche Klärung erfolgen.

Neben der politischen und juristischen Aufarbeitung ist die Solidarität gross. Beim Start der Lauberhornabfahrt in Wengen wurde der Opfer der Brandkatastrophe mit einem langen Applaus gedacht. Auch zivilgesellschaftliche Initiativen entstanden: Eine Coiffeuse aus Martinach rief eine Haarsammelaktion ins Leben, um Echthaarperücken für Betroffene zu ermöglichen. Salons in der ganzen Schweiz und auch in Frankreich beteiligen sich daran. Eine Echthaarperücke kostet je nach Länge zwischen 1500 und 3000 Franken – ein weiterer Ausdruck dafür, wie breit die Anteilnahme über die Landesgrenzen hinaus ist. (ben/wh)